

GLuP fordert Deckelung beim Personal

Verwaltung lässt sich derzeit durchleuchten

Die Idee ist einfach, die Umsetzung dürfte umso schwieriger sein: Piraten und Linke im Rat der Stadt haben jetzt beantragt, dass die Stadt ihre Personalkosten in den nächsten Jahren deckeln soll. Die Verwaltung verweist darauf, dass sie ohnehin dabei sei, ihre Organisation unter die Lupe zu nehmen.

VON JOHANNES DORNDORF

LAATZEN. „Die Aufwendungen sollen ab dem Jahr 2014 für mindestens zehn Jahre gedeckelt werden“, heißt es in dem Antrag, den die Ratsgruppe Linke und Piraten (GLuP) für die Etatverabschiedung am Donnerstag einbringt. Die Ausgabenbremse solle die Verwaltung anhalten, „immer effizienter zu arbeiten und sich ständig selber zu optimieren“, so die Begründung. Immer höhere Kosten könnten nicht immer dauerhaft zulasten von Bürgern und Infrastruktur gehen.

Konkrete Vorschläge, wo gespart werden kann, macht die Gruppe allerdings nicht – ganz im Gegenteil benennen die Ratspolitiker zwei Tabus: Im Sozialbereich und bei der Bildung soll kein Rotstift angesetzt werden. Damit sind rund zwei Fünftel von den möglichen Einsparungen ausgenommen – 264 der 613 für 2014 geplanten Stellen fallen darunter.

Dass die Personalkosten seit Jahren steigen, ist unumstritten. Für 2014 plant die Stadt bislang mit 31,2 Millionen Euro für ihr Personal – mehr als ein Drittel des Gesamtetats von 88,6 Millionen Euro.

Die Verwaltung entgegnet dem Antrag in einer Stellungnahme, dass schon jetzt alle Stellen bei der Nachbesetzung oder ihrer Einrichtung einer Aufgabenkritik unterzogen würden. Auch auf Tarifierhöhungen wird verwiesen – allein die jüngste Runde mit einem Plus von 2,4 Prozent belaste den Haushalt mit 550 000 Euro jährlich.

Gleichwohl hat die Stadt inzwischen eine Beratungsfirma engagiert, die die Organisation der Verwaltung genau untersuchen und damit auch mögliche Einsparpotenziale identifizieren soll. „Die Untersuchung soll einen quantitativen Vergleich der Verwaltung mit anderen Kommunen ermöglichen“, heißt es in der Stellungnahme. „Es geht darum herauszufinden, in welchen Bereichen Laatzen überdurchschnittlich viel oder wenig Personal einsetzt, um darauf gegebenenfalls zu reagieren.“ Die beauftragte Firma habe ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Bis es zu einer eventuellen Umsetzung kommt, legt die Stadt zunächst allerdings Geld drauf: Die Untersuchung kostet den Planzahlen zufolge 100 000 Euro.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken